

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1914. Nr. 198.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 207.

Abgabe für Halle und Bezirke 2.40 M., durch die Post bezogen 3 M., für das Vierteljahr. Die halbjährige Zeitung erhebt sich ebenfalls jährlich. — Druck-Verlag: Halle. Verleger: Hugo Hentze, Halle. Unterhaltungsbeilage (Sonntagsheft), Landw. Mitteilungen, Illustrierte Wochenbeilage, Gedächtnis-Verlagsblätter, Kinderbeilage (für die junge Welt).

Zweite Ausgabe

Abgabe für die Postbezirke außerhalb oder deren Blau für Halle und den Bezirken 20 Pfennig, außerhalb 25 Pfennig. — Bekanntmachung des Verlagsvertrages mit der Halle 100 Pfennig. Anzeigenannahme bei der Geschäftsstelle in Halle (Saale) und bei allen bekannten Anzeigenvermittlern.

Geschäftsstelle in Halle (Saale): Leipziger Straße Nr. 61/62. Fernruf 8105 u. 8100; Telephonnummer 8110. Geschäftsleitung Dr. Strasser-Sträßing Halle (Saale).

Mittwoch, 29. April 1914.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 90. Fernruf Amt Kurier Nr. 6250. Druck und Verlag von Otto Thiele, Halle (Saale).

Zum 70. Geburtstage des Großadmirals von Koester.

Unter den Männern, mit deren Hilfe Kaiser Wilhelm II. die deutsche Flotte geschaffen hat, sind es vor allem zwei, deren Namen im Gedächtnis des Volkes für immer mit dieser Großtat verknüpft bleiben werden. War der Staatssekretär des Reichsmarineamts, Großadmiral von Tirpitz, der Schöpfer des Flottenplanes und Organisator der modernen deutschen Kriegsmarine, so fiel Großadmiral von Koester zuerst die nicht weniger bedeutende Aufgabe zu, dem schwimmenden Kampfmittel die Seele einzubringen und sie zur gefährlichsten Schutz- und Trutzmacht in der Hand des Kaisers zu gestalten. Am 29. April, seinem 70. Geburtstage, gedenken darum nicht nur die Flotte, in der sein Geist noch weiter lebt, sondern weite Kreise des deutschen Volkes in Dankbarkeit der hohen Verdienste, die er sich als „Lehrmeister der Flotte“ um Kaiser und Reich erworben hat. Ganz besonderen Anlaß aber haben hierzu die Hunderttausende der Gefolgsmänner des Deutschen Flottenvereins, dem er in kritischer Stunde ein starker und gefestigter Führer wurde, denn es ist ihm nicht nur gelungen, die auseinandergeratenen Bestrebungen unter seinen Gliedern wieder zu einem einzigen mächtigen Strom zu vereinigen, sondern auch seiner Ausbreitung einen neuen Impuls zu geben. So zählt dieser Volksverein zur Stunde mehr als 334 000 Einzelmitglieder, die in 3845 Ortsgruppen und 53 Hauptausstellungen zusammengefaßt sind, neben 790 054 körperlich fähigen Mitgliedern. Das Vereinsleben hat unter Großadmiral von Koester eine neue Blüte erlangt und betätigt sich nicht nur auf dem Felde der Aufführung und Werbung für den Flottengedanken, sondern kommt auch den verschiedensten mit der Handels- und Kriegsmarine zusammenhängenden Bestrebungen zugute, so dem Deutschen Schiffsbauverein, dem Seemannsverein im In- und Auslande, Jugendvereinigungen und verschiedenen Wohlfahrtsvereinigungen. In eigenen Anstalten zu letzterem Zweck befehlt der Verein schon seit Jahren einen China- und einen Südwestafrikafonds für Krieger aus den beiden überlebenden Kämpfen des Reiches. Unter Großadmiral von Koesters Leitung aber befehlt er sich neuerdings mit der Errichtung eines Alters- und Invalidenheims für die Kriegs- und Seemannsmarine einschließlich der Seefischer, mit dessen Anlage bereits begonnen ist. Unter den Gaben, die der Verein seinem verehrten Präsidenten zum 70. Geburtstage darbrachte, war auch das Ergebnis einer Sammlung für dieses Heim im Betrage von 155 000 M. Mit dieser Zuwendung, dem Ergebnis einer Lotterie und einer Spende 5. M. des Kaisers wird im Oktober dieses Jahres der Fonds für die neueste Vereinschöpfung eine Höhe von etwa 700 000 M. erreicht und das Unternehmen damit eine sichere Grundlage erlangt haben.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 28. April 1914.

Am Regierungstische: Dr. v. Trost zu Solz, Präsident Dr. Graf v. Schwerin-Löwis eröffnete die Sitzung um 11 1/2 Uhr.

Die zweite Beratung des Kultus-Gesetzes wurde bei dem Ministergehalt in Verbindung mit den Anträgen des Zentrums betr. gesetzliche Gleichstellung der katholischen Orden, welche die Krankenpflege und sonstige Pflichten über (ein konfessioneller Antrag will „gleichartige“ anstatt „sonstige“ sagen), mit den Mitgliedern anderer Krankenpflege-Vereinigungen und betr. Bewährung der Rechtsfähigkeit an die nicht Konfessionsrechte besitzenden katholischen Ordensniederlassungen fortgesetzt.

Hg. Kloppenburg (Däne) befragte sich über die Unterstützung der dänischen Sprache im Religionsunterricht, blieb aber bei der großen Unruhe des Hauses unverändert.

Hg. Dr. Vorhoff (Zentr.): Ich muß meine Partei gegen die Auffassung verwahren, daß unsere Anträge geeignet seien, den konfessionellen Frieden zu stören. (Bravo! im Zentr.) Die Behauptung des Hg. von Campe, daß die Kirche keinerlei Recht an der Schule habe, das ihr nicht der Staat einräumt, muß ich entschieden zurückweisen. Die Kirche schließt aus ihrem Rechtsanfrage für alles Interesse an Erziehung und Schule. Unsere Anträge sind frei von irgendwelchen kulturkampfartigen Tendenzen. Wenn die Wiederherstellung katholischer Orden ausbleiben wird, so muß

man ihnen auch die Rechtsfähigkeit verleihen (wegen der Kaufverträge, die eine föderalistische Niederlassung erfordert. Wenn man den Krankenpflegeorden helfen will, dann muß man für unseren Antrag stimmen. Ich freue mich, daß der Minister wenigstens teilweise eine entgegenkommende Erklärung abgegeben hat, daß ich wahr erkaunt, daß er sich sofort erhoben und den Krankenpflegeorden gegenüber ein glattes Nein ausgesprochen hat. Den Orden werden sehr viele Schwierigkeiten bereitet, besonders durch polizeiliche Schikanen. Wir wollen nicht von dem Wohlwollen eines einzelnen Ministers abhängen. (Sehr richtig! i. Z.) Wir wollen dasselbe Recht und die gleiche Freiheit haben, wie die Krankenpflegevereinigungen aller anderen Konfessionen. Die erdrückende Mehrzahl der Ordensverlonen entfällt auf die Krankenpflegeorden. Selbstverständlich hat sich ihre Zahl seit der Zeit des Kulturkampfes sehr vermehrt, aber die Anzahlen der anderen Konfessionen ebenso. Wie die Krankenpflegeorden in der Mark Brandenburg, so haben sich in katholischen Gegenden die evangelischen Wohltätigkeits- und Krankenpflegeanstalten außerordentlich vermehrt. Es ist kein einziger Fall vorgebracht worden, daß die Krankenpflegevereinigungen der konfessionellen Frieden gestört hätten, sie haben vielmehr im Volke höchste Anerkennung gefunden. Der Hg. v. Campe hat sich dagegen verwahrt, daß Fragen der Parität aufgeworfen werden. Wir aber erwarten, daß unseren Krankenpflegevereinigungen die gleiche Behandlung zuteil wird, wie den Anstalten anderer Konfessionen. Herr v. Campe berief sich für seine Auffassung auf die banerliche Gesetzgebung. Warum stellt er uns nicht auch das Vorhaben der bayerischen Regierung in der Zukunftsfrage als Muster hin? (Geheuer! im Zentr.) Wir wünschen in erster Reihe die

vollige Aufhebung des Jesuitengesetzes.

Welche staatliche Autorität untergraben wir denn eigentlich mit unserem Jesuitenantrage? Die Bundesratsverordnung von 1912 bedeutete eine Verhinderung des damaligen Rechtszustandes. Zum mindesten verlangen wir eine Wiederherstellung des Rechtszustandes. Der bayerische Kultusminister hat sich dafür ausgesprochen und anerkannt, daß der Beschluß des Bundesrats in der vorliegenden Fassung nicht haltbar sei. (Hört! hört! im Zentr.) Der Hg. v. Campe scheint der Meinung zu sein, daß wir mit den Vorgängen betreffend den Kaiserbrief in Verbindung stehen. Ich muß meine dahin zielenden Ausführungen Namens meiner Freunde entschieden zurückweisen. (Sehr wahr! im Zentr.) Hg. Stroebel hat gesagt, wir hätten ja an der Veröffentlichung des Kaiserbriefes gar kein Interesse, denn uns läme es nur darauf an, die Wahrheit in der katholischen Bevölkerung zu erwecken. Ich möchte nicht, welche Zwecke wir damit verfolgen sollten. (Sehr richtig! im Zentr.) Der Ändere Volksfreund hat bedauerlicherweise einen angeblichen Satz aus dem Kaiserbrief zitiert. (Wahrheit! bei den Kathol.) Warum rufen Sie denn Hg. Dr. Vorhoff nicht zentrumsfreundlicher Frankfurter Zeitung schreibt, das Zentrum sei viel zu diplomatisch, um sich mit dem Kaiser zu verfeinden. Der Kardinal klopft hat den Brief niemand gezeigt. Er ist auch nicht den Bischöfen mitgeteilt oder Mitgliedern der Zentrumspartei zur Kenntnis gebracht. (Hört! hört! im Zentr.) Die Ausführungen der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, daß der Brief fernerlei Ausdrücke über den katholischen Glauben, die katholische Kirche oder die Katholiken enthält, sind vollständig richtig. (Hg. Hoffmann: Woher wissen Sie?) Unabhängig von der Norddeutschen Zeitung habe ich Gelegenheit gehabt, mich davon zu überzeugen. Der Brief verbreitet sich lediglich über die persönlichen Beziehungen zur Frau Landgräfin. Die Sache ist damit von katholischen Standpunkte aus vollständig angeklärt. Ich bedauere, daß zwei katholische Blätter auf die Mitteilungen des katholischen Geisteslichen heringefallen sind. Die schließliche Volkszeitung hat aber ausgeführt, daß der Kaiser der katholischen Kirche wohlwollend gegenübersteht, und daß wir in keiner Weise den Kaiser angreifen Ursache haben. (Geheuer! Beifall im Zentr.) Kultusminister Dr. v. Trost zu Solz: Ich möchte nicht unterlassen, zu bestätigen, daß die Mitteilung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung in allen Punkten zutreffend ist. Ich habe den Brief seiner Majestät an die Frau Landgräfin selbst gelesen, darin ist keine Ausföhrung gegen die katholische Kirche, die Katholiken oder über das Verhältnis seiner Majestät zu den Katholiken enthalten. Umso entscheidender muß das Treiben gekennzeichnet werden, das sich an diesen Brief geknüpft hat. (Sehr richtig!), wie man diesen

Privatbrief des Kaisers

in einer Angelegenheit seines königlichen Hauses an die Öffentlichkeit gezogen und sich nicht gehalten hat, den Inhalt des Briefes zu fassen und so dazu beizutragen, daß in die katholische Bevölkerung Mißtrauen gegen ihren Landesherren getragen wird, von dem sie so viele Beweise des Wohlwollens, so viel Zeichen seiner Gunst erhalten und bei dem sie Verständnis für ihre Wünsche und Bedürfnisse gefunden hat. Solch Verfahren ist

Brunnenerzeugung allerchristlicher Art.

(Sehr richtig!) Alle antiken Leute im Deutschen Reich sollten sich dagegen wenden und mit Entschiedenheit von diesen Fälschern und Brunnenerzeugern abriden. (Geheuer! Beifall.) Zu meiner Freude hat das auch mit aller Entschiedenheit Hg. Dr. Vorhoff loben acten. Ich glaube, daß wir uns allen darüber gelassen werden sollten und daß wir uns alle dagegen wahren sollten, wenn noch einmal verhandelt würde, hier im Frühen zu sitzen. (Geheuer! Beifall.)

Hg. Dr. Kloppenburg (Walt.): Dem Hg. Stroebel erwidere ich, daß weite Kreise der gebildeten Bevölkerung an der Religion aus innerem Bedürfnis hängen. Der Hg. Geheimer hat vor einigen Wochen ausgesprochen, daß das Christentum für die Überwindung des menschlichen Elends und der menschlichen Schwächen unendlich viel mehr geleistet habe als die Sozialdemokratie insgesamt. In einer Zeit des konfessionellen Unfriedens bewirkt die

Smulianstau.

das der Unfriede von den Grundfragen auf die Jugend übergrift. Man muß feststellen, daß der Staat den Ordensniederlassungen außerordentlich entgegenkommen ist. Breußen hat mehr Ordensniederlassungen, als das katholische Österreich. Die katholische Kirche ist angedacht der sozialdemokratischen Gefahr auf der ganzen Linie im Vorwärts begriffen; sie muß die gegenwärtige politische Situation außerordentlich gelicht. Anlässlich des Regierungsjubiläums des Kaisers hat die Allgemeine Kundgebung in München von dem Kaiserbriefe behandelt, darin finden sich Äußerungen über die katholische Kirche, die widerstreben sich verheißt. Hg. Dr. Vorhoff hat dann zu Beginn des Jahres diese angeblichen Äußerungen des Kaisers in die Presse gebracht. Kein Wort ist darauf genug für ein solches Vorhaben. (Geheuer! Zwischenrufe im Zentr.) In jeder anderen Partei würde man mit einem solchen Kollegen kurzen Prozeß machen. Ich bin ja neuartig, was Sie tun werden. Aus Anlaß dieses angeblichen Kaiserbriefes sollen in einem Kriegerverein bei einem Kameradentag von annähernd 30 anwesenden Mitgliedern nur zwei aufstehen sein. Die Zugehörigkeit des Dr. Vorhoff zur Zentrumspartei entkräftet die Ausführungen des Hg. Vorhoff. Sollte der Antrag des Zentrums jetzt Gesetz werden, so könnte ich das nur bedauern; das würde ein Zurückweichen des Staates bedeuten. (Geheuer! Beifall bei den Kathol.)

Hg. Graf Wolff (Freisinn.): Die Angriffe gegen die Landräte sind unbedeutend; die Anreden des Hg. Kloppenburg dürften kaum richtig sein. Breußen führt in Nord-Sachsen kein ungedecktes Regiment, wirtschaftlich, politisch und kulturell hat Nord-Sachsen nur gewonnen. Man spricht immer von Rechten, aber

nicht von Pflichten der katholischen Kirche dem Staat gegenüber. Die katholische Kirche ist eben abhängig von einer Macht außerhalb ihrer Landesgrenzen. Daher können in einem modernen Staatswesen die Institutionen der katholischen Kirche nicht als gleichartig betrachtet werden mit denen der evangelischen Kirche. Was den Kaiserbrief betrifft, so liegt die schmerliche Schuld bei der fürstlichen Person, die diesen Privatbrief einem kirchlichen Würdenträger übermittelt hat. Von großer nationaler Bedeutung ist die Erziehung des Kindes. Ich möchte daher auf die

Kindererziehungen

hinweisen. Nach Leipzig und Gumburg sollte auch unsere Schulverwaltung solche einrichten.

Hg. Traub (Fortschritt, Vp.): Der

Kultusminister ist 6,7 Millionen Mark höher als im Vorjahr, das ist eine hoheverehrte Erhöhung. Der Aufwand für Volks-, Mittel- und höhere Schulen beträgt durchschnittlich auf eine Million Bevölkerung 14 Millionen Mark. Diese Freigabe ist noch höher, wenn man die Sachverhalte und besonders Gumburg, das auf eine Million Bevölkerung 18 Millionen Mark dafür ausgibt. Die Aufwendungen der Kommunen sind aber viel höher als die des Staates. Das ist ein erfreuliches Zeichen für die Freigabe und Überwilligkeit unseres Bürgertums! Aber entbehren die Rechte dieser Leistungen? 1886 kostete ein Volksschüler in Breußen nur 21 Mark, 1901 64 Mark. Diese Steigerung begründen wir dankbar. Man sollte nicht über die Volksschulischen Klagen, man soll sich über von nationalen Gesichtspunkten aus bezüglich freuen. Für die Kinderbegabten sind erfreulicherweise 20 000 Mark mehr eingestellt, aber wo sind die 20 000 Mark für die Vorkinderbegabten? Die Volksschule muß viel mehr darauf achten, daß sie ihre begabten Schüler an die richtige Stelle im Staate bringt. Das ist wichtiger, als das Augenmerk auf die Schwachbegabten! Die finanziellen Bande zwischen Staat und Kirche sind immer fester geworden; auch die katholische Kirche befindet sich jetzt in viel größerer Abhängigkeit vom Staate als früher. An der katholischen Kirche kommen auf einen Sechshundert höchstens 700 bis 800 Menschen, in der evangelischen Kirche etwa 3000. Wo kann unter Umständen der Staat gegenüber diesen wachsenden Bedürfnissen hinkommen? Das Zentrum wünscht durch Ordensleute nachzuheilen, das haben die letzten Debatten gezeigt. Die finanzielle Abhängigkeit der Kirchenvereinigungen vom Staat ist nicht ohne weiteres ein Segen, sie kann sich unter Umständen rächen. Die Religion hat mit der Politik nichts zu tun. Ich meine, wir sollten für die künftige Kulturentwicklung unseres Volkes die Staatskasse so fest als möglich hinfallen, nicht im Sinne eines Polizeistaates, sondern im Sinne des Staates, wie ihn Richte geträumt hat, als eines Staates von freien Männern und selbständigen Frauen. (Beifall links.)

Hg. Vorhoff (Vp.): Ich lege Verwahrung gegen die Unterstellung des Ministers ein, daß wir die politische Agitation in die Volksschulen in Woodit getragen hätten. Die Vergamte sind von der Presse in verwerflicher Weise entlehrt worden. Mir persönlich haben die Geisteslichen der Volksschule gelobt, daß sie lediglich aus Angst vor Unruhmäßigkeiten und Schikanen seitens der Regierung die Kommunikation der volklichen Kinder abgelehnt haben.

Stuttgarter v. Kraft zu Solz: Die Regierung hat den den Vorgesetzten in der Bauverwaltung in Meibitz nur jenen Staatsbürgern Schutz gewährt, die darum gebeten haben. Die Reichsregierung hat anerkannt, daß die Polizei mit großer Zurückhaltung aufzutreten ist. Die Regierung und Zulassung der Kinder zur Kommunion hat sich der Staat nicht gefürchtet. Hier ist ein gefälliges Bild vorgetragen worden, das den Zusammenhänge in Meibitz zeigt, um daran Angriffe gegen die Regierung zu knüpfen. (Rufe rechts: Acht polnisch!) Ich habe auch keine Verfügung erlassen, wonach der Religionsunterricht in der Provinz Polen nicht in der Mutterterre erteilt werden dürfte.

Hg. Gedenhof (Kont.): Bei den Sozialdemokraten ist nicht Religion Privatangelegenheit, sondern Angelegenheit der Nation. (Rufe des Hg. Alois Hoffmann: Und bei Ihnen Dummheit!) Der Präsident Dr. Graf v. Schulerin-Lewis rief den Hg. Hoffmann zur Ordnung. Beim Religionsunterricht muß die Kirche die Leitung haben, das steht ihr nach der Verfassung zu. In der Vertretung der Interessen der evangelischen Kirche werden wir uns durch nichts beirren lassen. Im Interesse der Reichstagsarbeit, besonders auch für den Fall eines Krieges, werden wir den Vorschlag des Zentrums zuhören.

Die Debatte wurde geschlossen.
Besonders bemerkte Hg. Alois Hoffmann (Soz.), daß der Hg. Gedenhof Zusammenhänge in Kanabold keine Verhältnisse habe, und wurde wegen dieser Bezeichnung vom Präsidenten zur Ordnung gerufen.
Der Antrag Dr. Korfch betreffend die Krankenpflege wurde angenommen, der Antrag betreffend Erlangung der Rechtsfähigkeit der Unterrichtscommission überwiesen und der Titel Ministergehalt bewilligt.
Weiterberatung Mittwoch 5 1/2 Uhr.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 23. April 1914.

Am Bundesstädtlichen Reichstag.
Der Reichstag eröffnete die Sitzung um 12 Uhr mit folgenden Worten: „Nach den Erfahrungen, die wir hier hoffen, Ihnen allen die nötige Erholung gebracht haben, begrüße ich Sie zu neuer Arbeit, von der ich hoffe, daß sie erfolgreich sein wird.“ (Beifall.)

Darauf machte der Präsident geschäftliche Mitteilungen, besonders über die Statistiken der Lebewohl.

Auf der Tagesordnung standen lediglich die Punkte der Petitionskommission.

Die Petitionskommission hat beantragt, die Petitionen zur Impfung um die Einführung einer Kommission zur Prüfung des Impfstoffes, Sicherstellung des Rechtsaufstandes, Einführung der Gewissensklause, Entschädigung bei Impfschäden und Unterlassung zwangswise Anwendung des Impfstoffes dem Reichstag zur Berücksichtigung zu überweisen. Die Hg. Kraemer (Kont.) und Genossen beantragten, die Petitionen um Einführung einer Kommission zur Prüfung der rechtlichen und wissenschaftlichen Grundlagen zur Berücksichtigung, die Hg. Graf v. Schulerin-Lewis beantragte, die Petitionen zum Verbot der Impfung zu überweisen. 1) des Hg. Graf v. Schulerin-Lewis, auf Einführung einer parlamentarischen Kommission zur objektiven Untersuchung der ganzen Impfsache; 2) des Hg. Dr. Pfeiffer (Centr.) auf Einführung einer gleichartigen Kommission und Vorlegung des von ihr ausgearbeiteten Materials in Form einer Denkschrift.

Hg. Dr. Duxhardt (Wirtsch. Agg.) berichtete unter anderem über die Verhandlungen der Kommission, die Bemerkungen ist, daß die Petitionen Entschädigung für die Fälle verlangen, in denen Impfungen die Gesundheit schädigen, und daß bis zur Entscheidung über die völlige Aufhebung oder Abänderung des Impfstoffes jede weitere zwangswise Anwendung unterbleibt.

Hg. Graf v. Gotha (Soz.): Das Impfstoffgesetz ist feiner als nur mit zwei Stimmen Mehrheit angenommen worden. Es ist kein Impfstoffgesetz, sondern ein Impfstoffgesetz, ein absolutes Impfstoffgesetz ist nicht. Selbst das kaiserliche Reichsgesetz hat sich nicht weigern können, 6 mal befristet. Die mehrmalige Befristung ist im Gesetz nicht vorgesehen. Es gibt Ärzte, die sagen, die Impfung wirke nur 10 Jahre. Auf dem Eberfelder Statistag wurde anerkannt, daß die Impfung einen absoluten Schutz gegen die Pocken nicht gewähre. In Hunderten von Fällen haben Impfschädigungen stattgefunden, sogar Euphlias, Tuberkulose und Streptokokken-Übertragungen stattgefunden. Nur durch den der Weichteile Ober- und Unterarm der Impfschäden abgegrenzt wurde, ist die Pockenkrankheit nicht mehr so gefährlich, wie sie früher war. Die Pocken gehören zu den Schmutzkrankheiten, die vor der Sanitation verschwinden, wie der Typhus in Berlin als Ursache verschwand. Wir verlangen auch die Einführung der Gewissensklause. (Beifall bei den Soz.)

Präsident: Sie haben gegenüber dem Ministerialdirektor Kraemer den Ausdruck gebraucht: „Diese Zahlen können Sie nicht negieren.“ Ich muß diese Ausdrucksweise für unzulässig erklären.

Hg. Dr. Pfeiffer (Centr.): Der Reichstag hat 1911 Übergang zur Tagesordnung erklärt. Das Material ist inzwischen ins Werkloste gewandelt. Schädigungen durch das Impfen können nicht abgelehnt werden. Von beiden Seiten wird lebhaft agitiert. Herr Ministerialdirektor Kraemer hat zu einer Broschüre eines Mitglied des Reichstages, des Reichstages, das Vorwort geschrieben. Man kann nicht allen radikalen Impfgegnern die Vernunft abpredigen. In die Kommission, die verlangt wird, darf man natürlich nicht Männer mit vorgefaßter Meinung hineinschicken; fagen die Anhänger der Schwelmeidigen, daß jeder Impfgegner überhaupt nicht von dieser Frage versteht. Man kann sagen, daß in vielen Fällen eine Impfung ausbleiben wäre, wenn man die Impfung nicht vorgenommen hätte. Daher die Petitionen der Eltern an den Reichstag. Eine einwandsfreie Impfung scheitert oft am Mangel genügender Räume. Auch müßte beim Impfen auf den Gesundheitszustand der Kinder mehr Rücksicht genommen werden... Die Bodenerkrankungen

der Hg. Gedenhof nehmen jedesmal im Kriegszeiten zu. Eine wichtige Frage ist auch die, wie lange der Impfstoff dauert. Es war schon einmal die Ansicht des Deutschen Reichstags, ein Impfstoff zu schaffen. Geheimerat Koch hat im Jahre 1884 in der Kommission selbst einmal erklärt, daß der Schutz nicht länger als 10 bis 12 Jahre ausreichte. Das beweist doch, daß nach dem gegenwärtigen Stande der Wissenschaft eine absolute Immunisierung nicht herbeigeführt werden kann. Eine Kommission hat nur einen Sinn, wenn sie in gleicher Zahl aus Impffreunden und Impfgegnern besteht. Geheimerat Kraemer möge der parlamentarischen Kommission unbedingt zustimmen. Er braucht nicht zu fürchten, daß sie einstig verfahren werde. Ich bitte Sie alle, der Einführung einer solchen Kommission zuzustimmen. (Beifall im Centrum.)

Hg. Kraemer (Deutschf.): Die Impfung ist keine politische, sondern eine medizinische Frage. Eine sorgfältige Prüfung in Fachkreisen ist notwendig, und zwar durch eine außerparlamentarische Kommission, damit die Verantwortung im Volke befreit wird. Ich bitte Sie, meinen Antrag anzunehmen. (Beifall rechts.)

Hg. Wilsdorf (Fortf. Vot.): Wir teilen den Wunsch nach objektiver Prüfung, aber nicht vom Reichstag, sondern vom politischen Standpunkt aus. Es ist zu bedauern, daß die Frage trotz der von den Wählern eine Rolle gespielt hat. Schon in den 80er Jahren hat eine Kommission die Frage geprüft. Die Gewissensklause würde tatsächlich zur Befreiung des Gesetzes führen. Jeder hat Mühe darauf zu nehmen, daß er keine Mitmenschen nicht gefährdet. Bei jeder ärztlichen Behandlung können unglückliche Zwischenfälle vorkommen, bei Operationen usw. Kein Mensch wird verlangen, daß deswegen die Operation nicht stattfinden solle. Die Mehrheit meiner Freunde steht deshalb auf dem Boden des Gesetzes und fällt sich dem Kommissionsantrage nicht an. (Beifall links.)

Ministerialdirektor Dr. Kraemer: Seit der Reichstags 1911 über die Petition der Impfgegner zur Tagesordnung Übergang, hat sich praktisch nicht geändert; nur bedeutet die russischen Arbeiter für uns eine große Bodengefahr. Als ich hierher kam, meine Ansicht vertreten hatte, bin ich außerhalb des Saales angegriffen und verurteilt worden. Man hat meine Ansicht telegraphisch hätte gelogen, daß behauptet, ich hätte Protestieren voll Schmutz geschrieben, hätte rassistisch geschrieben, hätte überhöflich geschrieben, hätte unflätig geschrieben. Die starken Ausdrücke, die ich gebraucht habe, halte ich noch heute für gerechtfertigt. Ich habe ausgesprochen, daß durch die Professore der Impfgegner, durch die Professore, die sie an die Anstaltsleiter bringen, die Mütter vernünftig werden, die Bevölkerung aufgeregt und zum Widerstand gegen die Staatsgewalt verleitet wird. Diejenigen, welche die Bevölkerung heranziehen zum Staat aufheben, handeln verbrecherisch. Wir tun alles, was möglich ist, um die Impfung gefahrlos zu machen. Wenn man aber die Mütter veranlaßt, die Kinder von der Impfung zurückzuführen, wenn man es dahin kommen läßt, daß Gewalt angewendet werden muß, so ist das ein verbrecherisches Tun gegen das Gesetz. Allerdings wird in jedem Falle, wo man anwenden werden muß, der Minister Mitteilung gemacht: 1913 waren es nur 8 oder 9 Fälle. Seit 1911 hat sich dieses Spiel wiederholt: im „Impfgegner“, den ich so jeder jeden Monat lese, findet sich mein Name auf jeder Seite mit den traurigsten Zusätzen. Der Minister lenkt mir nahe, zu fagen; ich habe es abgelehnt; nescio, quid mihi magis farimentum sit. Hg. Bebel ist feiner als von den Impfgegnern abgerichtet und hat gegen den Antrag Stellung genommen. Das ist freilich Herrn Bebel nicht bekommen. Hg. Koch hat nicht zu dem Neuen vorgetragen. (Hr. Koch: Es ist auch nicht!) Vor dem Impfstoff haben wir fast jedes Jahr große Bodengefahren, das hat aufgehört. Die Impfgegner behaupten fälschlich, die Reichsregierung verhehle von der ganzen Sache nichts; aber diese Tatsache, daß die Revaccination der Erkrankung vorbeugt, steht ebenfalls fest. Die Statistik ist absolut einwandfrei. Die Gewährung einer Entschädigung für Impfschäden ist ganz unentbehrlich. Eine Kommission wird nicht zum Ziele führen. Wir müssen unsere Volksgenossen mit allen Mitteln schützen, namentlich auch im Hinblick auf einen künftigen Krieg. Ich würde die Verantwortung nicht übernehmen, es dem jetzigen Zustand etwas zu ändern. (Beifall bei den Soz.)

Geheimerat Zimmer: Die Frage, ob eine Impfung eintreten kann, unterliegt richtiger Entscheidung. Nach meiner Auffassung besteht das Recht dazu. Das Gesetz enthält keine Bestimmungen, welche die Bundesstaaten hindern, Zwang anzuwenden.
Hg. Götting (Natl.): Am dem jetzigen Zustand, den man als gut bezeichnen kann, sollte man nicht rütteln. Eine Kommission kann über die Frage keine Entscheidung treffen. Die Frage, ob eine Impfung für Impfschäden ist, ist nicht trübselig. In Zweifelsfällen muß man sich auf die Wissenschaft verlassen. (Beifall bei den Natl.)
Hg. Freiherr v. Schelle (Welfe): Eine Verfassung ist solange nicht möglich, als mit Ausdrücken wie „verbrecherisch“ laboriert wird. Auch die Impfgegner haben Autoritäten auf ihrer Seite. Zunächst muß durch Ausföhrungsbestimmungen der Impfung aufgehoben und die Gewissensklause eingeführt werden.
Darauf wurde vertagt auf Mittwoch 2 Uhr; Ergänzungstat und Fortlegung der Petitionen.
Satzk 64. 1/2.

Deutsches Reich.

Fragen der Auslandspolitik im Haushaltsausschuß des Reichstages.

In der Budgetkommission des Reichstages ging gestern der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Jagow in längerem, zum Teil vertraulichen Ausführungen auf eine Reihe von Fragen der auswärtigen Politik ein. Die Dreimächte arbeiteten dauernd in voller Herzlichkeit und Intimität miteinander. In der Balkanfrage habe diese gemeinsame Arbeit sich besonders bewährt. Ein Mittelmeer-Konvention sei unter den Mächten des Dreiecks nicht abgeschlossen worden. Der Gegenstand einiger Mitglieder der ungarischen Unabhängigkeitspartei gegen den Dreieck könne ein gewisses Gewicht belegen. Es sei gar kein Zweifel, daß sich Ungarn wie Oesterreich fest zum Dreieck stellen. Was die deutsche Militärmission in der Türkei anbetrifft, so habe die Mission in der Hauptstadt ihren Sitz erhalten sollen, weil sich dort die militärischen Bildungsanstalten befinden. Daraus habe sich dann die Ernennung des Generals v. Wiman zum kommandierenden General des ersten Marinekorps entwickelt.

die übrigens nicht als dauernd gebaut gesehen sei. Von russischer Seite seien nicht gegen die Mission an sich, sondern nur gegen das Kommando des ersten Korps Einwendungen erhoben worden. Die Frage sei dann durch eine heftige Protestkampagne, in der sich besonders die „Rokowe Wrenja“ hervorgetan habe, beseitigt worden.

Zur Ministerkrisis in Koburg-Gotha.

Der Landtag in der Herzog.
Die gothaischen Mächte bringen eine von dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten, den Schriftführern sowie einer Anzahl Abgeordneter des Landtages unterzeichnete Eingabe an den Herzog, in welcher der Herzog gebeten wird, in der Sache, die das Entlassungsgesuch des Ministers v. Richter veranlaßt hat, eine Entscheidung zu treffen, die es dem Minister in Ehren ermöglicht, weiter zum Gegen des Landes zu wirken. Die Eingabe wird auch damit begründet, daß der Minister es verstanden hat, in seiner Amtstätigkeit alle ihm anvertrauten Interessen mit treuer Gültigkeit zu schützen und zu fördern.

Ergebnis amtliches Wahlergebnis im Wahlkreis Königsberg 6.

Bei der Reichstagswahl im Wahlkreis Königsberg 6 (Traunberg-Geilsberg) am 24. April wurden insgesamt 11939 Stimmen bei 21766 Wahlberechtigten abgegeben. Hieron erhielten Gouverneur a. D. Freiherr v. Nechenberg-Berlin-Schöneberg (Centr.) 10884 Stimmen, Erzbischof Ginzmann-Wormbit (Centr.) 802 Stimmen und Doktor Marchionni-Königsberg (Soz.) 227 Stimmen. Zerplittert waren 26 Stimmen. Genählt ist somit Freiherr v. Nechenberg.

Kleinere politische Nachrichten.

• Vom Adlonien. Zur Mittagsstafel waren geladen General Graf v. Quadt und der Präses von Korfu Fürst Hippelant.
• Krieg und Friedenspolitik sind gegen auf ihrer Seite von Südamerika an Bord des Dampfers „Cap Zeeland“ in Boulogne zur See angekommen. Sie wurden an Bord des Schiffes durch den deutschen Botschafter in Boulogne und den deutschen Marineattaché in Paris Freiherr von Bibra begrüßt.

Ernennung. Sicherem Vernehmen nach ist Bürgermeister von Berlin Dr. Heide zum Geheimen Regierungsrat ernannt worden.
• Sammlung der bürgerlichen Parteien? Der Landesvorstand der bürgerlichen Parteien, national liberaler Partei, der Reichstagsabgeordnete Riff (Erlangen), machte in einer öffentlichen Versammlung in Regensburg die Mitteilung, daß eine Sammlung der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie im Auge sei. „Ein sozialdemokratisches Wort meint hierzu, der Reichstagsabgeordnete Riff sei als Vorsitzender der national liberalen Partei Wirttenbergers sicher mehr in interne Fragen eingeweiht, als andere Abgeordnete; wenn er fragen davon weiß, so dürften die Verhandlungen schon ziemlich weit gediehen sein.“

Huerta nimmt die Vermittlung an.

Der spanische Botschafter Wiman in Washington teilte dem Staatssekretär Bryan mit, daß Huerta im Prinzip die Vermittlung bedingungslos angenommen habe.

Merito, 29. April.
Die Annahme der guten Dienste der südamerikanischen Republik durch die mexicanische Regierung wird amtlich bestätigt.

Brasilien über die Vermittlung Südamerikas.

Die brasilianische Regierung hat ihre Genehmigung zur einer Protestation gegen die Intervention der Vereinigten Staaten in Merito verweigert. Der Minister des Auswärtigen erklärte, die Vermittlung der südamerikanischen Republik stelle keine Bedingungen. Er stellte in Abrede, daß die Ablegung Huertas zur Grundlage habe. Bolivien und Nicaragua erklärten sich Argentinien gegenüber bereit, sich der Vermittlung anzuschließen.

Freundlichere Haltung der Mexikaner gegenüber den Ausländern.

Nach Meldungen aus der Stadt Merito macht sich seit zwei Tagen dort eine freundlichere Haltung gegenüber den Ausländern bemerkbar. Dies wird teils darauf zurückgeführt, daß die Anhänger der Insurgenten bemüht sind, in der Stimmung des Publikums einen Wandel herbeizuführen. Es werden Flugblätter in Umlauf gesetzt, in denen das Volk aufgefordert wird, die Amerikaner zu schätzen, Huerta getrandmarkt wird, weil er die Landung der Amerikaner in Veracruz verurteilt habe, und das Volk aufgefordert wird, an einem Umzuge zum Zeichen der Wertschätzung Huertas teilzunehmen. Der Umzug fand am Sonnabend mit Erlandnis Huertas statt. Hieraus wird geschlossen, daß Huertas Macht sinkt. Flüchtlinge teilen mit, daß Huerta sich nach der Abreise in einer fremden Gestalt verkleidet habe, da er fürchtete, ermordet zu werden.
Eine größere Schlacht zwischen mexicanischen Insurgenten und Regierungstruppen.

Transporttruppen mit General Funfons Truppen sind in Veracruz eingetroffen. Es steht noch nicht fest, wann die Truppen landen werden, um die Marineeinheiten abzuhelfen. Nahe der Stadt Merito ist eine Schlacht zwischen Insurgenten und Regierungstruppen im Gange. Der genaue Ort des Kampfes ist unbekannt. Regierungsgeneral Velasco, der in dem Kampfe getötet wurde, ist mit vierhundert berufen, den Bundesjohdalen in der Stadt Merito eingetroffen. General Pena ist in der Schlacht gefallen.
Bei der Einnahme der Stadt Monterrey hatten die mexicanischen Insurgenten 100 Tote und 200 Verwundete; die Regierungstruppen verloren 300 Mann.

Der Dank der mexicanischen Regierung.

Staatssekretär Bryan übermittelte dem deutschen Botschafter Grafen Bernstorff zunächst inoffiziell den Dank der mexicanischen Regierung für die freundliche Haltung im Falle des Dampfers „Apiranga“ und für die energische Hilfeleistung des Kommandanten und der

